

ANNA H. ALBRECHT

Wechselwirkungen
zwischen Art. 6 EMRK
und nationalem
Strafverfahrensrecht

Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V.

*Rechtsvergleichung
und Rechtsvereinheitlichung*

73

Mohr Siebeck

Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung

herausgegeben von der
Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V.

73



Anna H. Albrecht

Wechselwirkungen zwischen
Art. 6 EMRK und nationalem
Strafverfahrensrecht

Mohr Siebeck

Anna H. Albrecht, geboren 1982; 2001 bis 2006 Studium der Rechtswissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; 2006 Erstes Juristisches Staatsexamen; 2010 Promotion; 2011 Zweites Juristisches Staatsexamen; 2011 bis 2015 Akademische Rätin a. Z. am Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht und Wirtschaftsstrafrecht an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; 2014/2015 Forschungsaufenthalt an der University of Birmingham, Großbritannien, mit einem Feodor Lynen-Forschungsstipendium der Alexander von Humboldt-Stiftung; seit 2015 Juniorprofessorin für Strafrecht an der Universität Potsdam.
orcid.org/0000-0001-9967-2138

Veröffentlichung gefördert mit einer Druckkostenbeihilfe durch die Alexander von Humboldt-Stiftung

ISBN 978-3-16-159774-9 / eISBN 978-3-16-159781-7

DOI 10.1628/978-3-16-159781-7

ISSN 1861-5449 / eISSN 2569-426X (Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die Idee zu dieser Untersuchung ist in einer Zeit entstanden, in der kaum etwas anderes denkbar schien, als dass Europa weiter zusammenwachse. Diese Erwartung ist mittlerweile widerlegt. Großbritannien hat die Europäische Union verlassen und auch im Übrigen sieht sich der innereuropäische Zusammenhalt erheblichen Fliehkräften ausgesetzt. Insbesondere die Justizgrundrechte drohen in mehreren Konventionsstaaten der Europäischen Menschenrechtskonvention erheblich zu erodieren. Deren universeller Geltung mag es *prima facie* abträglich erscheinen, die Besonderheiten des nationalen Strafverfahrensrechts bei der Beurteilung der Fairness des Verfahrens gem. Art. 6 EMRK verstärkt zu berücksichtigen. Ebendies ist jedoch nicht nur, wie die folgende Untersuchung nachzuweisen sucht, in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte angelegt und zur Formulierung eines einheitlichen normativen Fairnessmaßstabs geboten. Es kann zudem ein Ansatz sein, zur Akzeptanz der Gewährleistungen des Art. 6 EMRK in ihrer Auslegung durch den EGMR auf Seiten der Konventionsstaaten und damit zu einer Geltung eines auch faktisch einheitlichen Fairnessstandards innerhalb Europas beizutragen.

Zur Durchführung dieses Projekts haben mehrere Personen beigetragen, denen ich an dieser Stelle danken möchte. Mein erster Dank gilt Dr. Marianne Louise Wade für ihre Unterstützung. Ihr und der Law School der University of Birmingham, Großbritannien, habe ich zudem für die Gastgeberschaft während eines sechsmonatigen Forschungsaufenthaltes, der dem in dieser Untersuchung enthaltenen Rechtsvergleich zugrunde liegt, zu danken. Der Alexander von Humboldt-Stiftung danke ich, dass sie diesen Forschungsaufenthalt mit einem Feodor Lynen-Forschungsstipendium für PostdoktorandInnen und die Veröffentlichung dieser Untersuchung mit einer Druckkostenbeihilfe gefördert hat. Zudem bin ich der Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V. und dem Mohr Siebeck Verlag für die Aufnahme in die Schriftenreihe „Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung“ zum Dank verpflichtet. Meinen MitarbeiterInnen an der Universität Potsdam danke ich für ihre Mitwirkung an der Finalisierung des Manuskripts. Schließlich gilt mein Dank denjenigen Personen, die dieses Projekt mit Geduld unterstützt und begleitet haben, insbesondere Herrn Prof. Dr. Mark Deiters, Frank Albrecht und Dr. David Albrecht.

Berlin, im März 2020

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Teil A. Art. 6 EMRK, der Gedanke der Wechselwirkung und seine hiesige Untersuchung	1
I. Die Grundlagen zum Recht auf ein faires Verfahren	1
II. Der Gedanke der Gesamtfairness und der daraus abzuleitenden Wechselwirkungen mit nationalem Strafverfahrensrecht	5
III. Zielsetzung, Gegenstand und Gang der Untersuchung	12
Teil B. Die Gewährleistung des Anwesenheitsrechts durch Art. 6 Abs. 1, 3 EMRK und seine Beschränkungen	17
I. Die Gewährleistung des Anwesenheitsrechts durch Art. 6 Abs. 1, 3 EMRK	19
II. Die Wiederherstellung der Gesamtfairness bei Beschränkungen des Anwesenheitsrechts	78
Teil C. Vergleich der Verfahrensstrukturen und des Anwesenheitsrechts des Angeklagten im nationalen Recht	109
I. Strukturelle Unterschiede des englischen und des deutschen Strafverfahrens	109
II. Das Anwesenheitsrecht des Angeklagten im nationalen Recht	155
III. Zusammenführung der Rechtslage zum Anwesenheitsrecht mit den Grundstrukturen der Strafverfahren	195

Teil D. Wechselwirkungen zwischen dem Anwesenheitsrecht des Angeklagten nach Art. 6 Abs. 1, 3 EMRK und dem nationalen Verfahrensrecht	233
I. Die Anerkennung der Wechselwirkungen in der gegenwärtigen Rechtsprechung des EGMR und ihre Grenzen	233
II. Die Berechtigung und Notwendigkeit einer weitergehenden Berücksichtigung der Wechselwirkungen	238
III. Das Potential für eine weitere Berücksichtigung von Wechselwirkungen zwischen Art. 6 Abs. 1, 3 EMRK und dem nationalen Recht zur Anwesenheit des Angeklagten	242
Teil E. Schlussbetrachtung	305
Literaturverzeichnis	313
Stichwortverzeichnis	347

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Teil A. Art. 6 EMRK, der Gedanke der Wechselwirkung und seine hiesige Untersuchung	1
I. Die Grundlagen zum Recht auf ein faires Verfahren	1
II. Der Gedanke der Gesamtfairness und der daraus abzuleitenden Wechselwirkungen mit nationalem Strafrecht	5
III. Zielsetzung, Gegenstand und Gang der Untersuchung	12
Teil B. Die Gewährleistung des Anwesenheitsrechts durch Art. 6 Abs. 1, 3 EMRK und seine Beschränkungen	17
I. Die Gewährleistung des Anwesenheitsrechts durch Art. 6 Abs. 1, 3 EMRK	19
1. Reichweite und Sachzusammenhang des Anwesenheitsrechts nach Art. 6 EMRK	20
2. Der Verzicht auf das Anwesenheitsrecht	28
3. Die Verwirkung des Anwesenheitsrechts	35
4. Beschränkungen des Anwesenheitsrechts zugunsten gegenläufiger Interessen	39
a) Kriterien zulässiger Beschränkungen des Anwesenheitsrechts	40
aa) Umfassende Abwesenheitsverhandlung	41
(1) Grundsätzliche Unzulässigkeit von Abwesenheits- verfahren und umfassenden Abwesenheits- verhandlungen	41
(2) Ausnahme bei umfassender audiovisueller Zuschaltung	44
bb) Vorübergehender Ausschluss des Angeklagten	46
cc) Zusammenfassung zu den Kriterien zulässiger Abwesenheitsverhandlung	53

b) Verallgemeinerung anhand der früheren Rechtsprechung des EGMR zu Beschränkungen sonstiger Rechte des Angeklagten aus Art. 6 EMRK	54
aa) Abgrenzung zu Begrenzungen der Reichweite	56
bb) Kriterien zulässiger Beschränkungen sonstiger Rechte aus Art. 6 EMRK in der älteren Rechtsprechung des EGMR	59
(1) Beschränkungen des Rechts auf Selbstverteidigung	59
(2) Beschränkungen des Konfrontationsrechts	61
(3) Beschränkungen weiterer Gewährleistungen aus Art. 6 EMRK	65
cc) Ableitbarkeit allgemeiner Kriterien	68
c) Aufgehen der Kriterien in der Beurteilung der Gesamtfairness („overall fairness“) des Verfahrens in der neueren Rechtsprechung des EGMR	69
II. Die Wiederherstellung der Gesamtfairness bei Beschränkungen des Anwesenheitsrechts	78
1. Heilung der Beschränkung des Anwesenheitsrechts	78
2. (Sonstige) Kompensation der Beschränkung des Anwesenheitsrechts	83
a) Berücksichtigung der verbleibenden Verteidigungsmöglichkeiten	85
b) Anwaltliche Vertretung	87
aa) Das Recht auf Fremdverteidigung nach der EMRK und sein Verhältnis zum Recht auf Selbstverteidigung	87
bb) Die Anerkennung einer kompensierenden Wirkung der Fremdverteidigung	92
c) Audiovisuelle Zuschaltung	98
d) Unterrichtung des Angeklagten über das in Abwesenheit Verhandelte	100
e) Möglichkeit zur Äußerung außerhalb der Hauptverhandlung	102
f) Wahrnehmung der Angeklagteninteressen durch Organe des Konventionsstaats	104
g) Erklärungen an Jury und sonstige Laienrichter	106
 Teil C. Vergleich der Verfahrensstrukturen und des Anwesenheitsrechts des Angeklagten im nationalen Recht	 109
I. Strukturelle Unterschiede des englischen und des deutschen Strafverfahrens	109

1. Die Differenzierung zwischen adversatorisch und inquisitorisch geprägten Strafverfahren	109
2. Historisch-soziopolitischer Hintergrund der Strafverfahren in England und Deutschland	111
a) Die Entwicklung in Deutschland	115
b) Die Entwicklung in England	120
3. Die adversatorische Prägung des englischen und die inquisitorische Prägung des deutschen Strafverfahrens	128
a) Die Abgrenzung der Verantwortlichkeiten und Kompetenzen von Gericht, Anklage und Beschuldigtem	128
b) Das Rollenverständnis von Anklage und Beschuldigtem	134
4. Weitere behauptete Unterschiede zwischen dem adversatorisch und dem inquisitorisch geprägten Strafprozess	140
a) Ziele des Strafverfahrens	140
b) Wahrheitsbegriff	142
c) Bedeutung der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit	152
II. Das Anwesenheitsrecht des Angeklagten im nationalen Recht	155
1. Überblick über das nationale Recht	157
a) Deutsches Recht	157
b) Englisches Recht	159
aa) Vorbemerkung	159
bb) Die Zuständigkeiten von Magistrates' Court und Crown Court	161
cc) Die Rechtslage im Verfahren vor dem Crown Court	162
dd) Die Rechtslage im Verfahren vor dem Magistrates' Court	165
2. Vergleich des nationalen Rechts	167
a) Vergleich der Grundtendenz	167
b) Detailvergleich	169
aa) Übereinstimmungen	169
(1) Bedeutung der inneren Willensrichtung des Angeklagten	169
(2) Berücksichtigung eines hinreichenden Grundes für die Abwesenheit, insbesondere Erkrankung	172
(3) Erfordernis einer Kenntnis des Termins	176
(4) Möglichkeit der Abwesenheitsverhandlung bei Verfahrensobstruktion	177
(5) Bedeutung der Tat-/Strafschwere	179
(6) Möglichkeit der Abwesenheit bei Verfahrensteilen betreffend andere Angeklagte	180

(7) Berücksichtigung der zu erwartenden Dauer einer Unterbrechung	181
bb) Unterschiede	182
(1) (Keine) Berücksichtigung der Bedeutung der Anwesenheit für die Wahrheitsfindung	182
(2) Unterschiedlich ausgeprägte Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Verfahrensfairness bei Abwesenheitsverhandlungen	182
(3) Unterschiedlich starke Berücksichtigung anwaltlicher Vertretung	184
(4) (Keine) Berücksichtigung der Interessen von Anklage, Zeugen und Öffentlichkeit	189
(5) (Un-)Zulässigkeit der Abwesenheitsverhandlung trotz genügender Entschuldigung	190
(6) (Keine) Differenzierung zwischen anfänglicher und nachträglicher Abwesenheit	190
(7) (Kein) Erfordernis einer Anhörung	191
(8) Unterschiede im Schutz schutzbedürftiger Zeugen	192
(9) (Keine) Ausschlussmöglichkeit des Angeklagten zu seinem eigenen Schutz	194
(10) (Keine) Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Jury	195
III. Zusammenführung der Rechtslage zum Anwesenheitsrecht mit den Grundstrukturen der Strafverfahren	195
1. Begründungen für Gemeinsamkeiten	196
a) Grundsätzliche Gewährleistung des Anwesenheitsrechts	196
b) Bedeutung der inneren Willensrichtung des Angeklagten	201
c) Beschränkbarkeit des Anwesenheitsrechts	202
d) Differenzierung nach der Schwere der Tat	203
e) Berücksichtigung sonstiger Verteidigungsmöglichkeiten, insbesondere der anwaltlichen Vertretung	205
2. Begründungen für Unterschiede	205
a) Regelungstechnik	205
b) Stärkere Beschränkungen des Anwesenheitsrechts im englischen Recht	207
aa) Stärkere Betonung der Eigenverantwortlichkeit	207
bb) Einbeziehung der Interessen anderer Verfahrensbeteiligter	207
cc) Größere Bedeutung des Mündlichkeits- und Unmittelbarkeitsgrundsatzes	210

dd) Größere Bedenken gegen Unterbrechungen	210
ee) Spezifische Gründe für die Sonderregelung im Magistrates' Court	212
c) Berücksichtigung der Bedeutung der Anwesenheit des Angeklagten für die Wahrheitsfindung oder die Verfahrensfairness	213
aa) Leitkriterium Wahrheitsfindung gegenüber Verfahrensfairness	213
bb) Konkretisierung: (Keine) Möglichkeit der Entfernung des Angeklagten zum Schutz von Zeugen	216
d) Erfordernis einer Äußerungsmöglichkeit im deutschen Recht	217
aa) Differenzierung zwischen anfänglicher und nachträglicher Abwesenheit	217
bb) Erfordernis einer externen Äußerungsmöglichkeit bei anfänglicher Abwesenheitsverhandlung	218
e) (Kein)Ersatz der Anwesenheit des Angeklagten durch die des Verteidigers	220
f) (Keine) Möglichkeit einer Entfernung des Angeklagten zu seinem eigenen Schutz	232

Teil D. Wechselwirkungen zwischen dem Anwesenheitsrecht
des Angeklagten nach Art. 6 Abs. 1, 3 EMRK und dem
nationalen Verfahrensrecht 233

I. Die Anerkennung der Wechselwirkungen in der gegenwärtigen Rechtsprechung des EGMR und ihre Grenzen	233
II. Die Berechtigung und Notwendigkeit einer weitergehenden Berücksichtigung der Wechselwirkungen	238
III. Das Potential für eine weitere Berücksichtigung von Wechselwirkungen zwischen Art. 6 Abs. 1, 3 EMRK und dem nationalen Recht zur Anwesenheit des Angeklagten	242
1. Der menschenrechtliche Rahmen für die Berücksichtigung von Wechselwirkungen	242
a) Die Geltung der EMRK im nationalen Recht	242
b) Heilungs- oder kompensationsbedürftige Verkürzungen des Anwesenheitsrechts im nationalen Recht	248
aa) Abwesenheitsverhandlungen ohne Heilungs- und Kompensationsbedarf	248

(1) Verfahren jenseits des Gewährleistungsbereichs des Anwesenheitsrechts	248
(2) Verzicht auf das Anwesenheitsrecht	249
(3) Verwirkung des Anwesenheitsrechts	250
bb) Heilungsbedürftige Abwesenheitsverhandlungen	251
cc) Kompensationsbedürftige und -fähige Abwesenheitsverhandlungen	252
2. Die Ausarbeitung der Wechselwirkungen bei der Wiederherstellung von Gesamtfairness	253
a) Nachteile der Abwesenheitsverhandlung	253
b) Die Heilung von Verkürzungen des Anwesenheitsrechts	255
aa) Heilungsmöglichkeiten im deutschen Recht	256
(1) Heilungsmöglichkeiten in derselben Instanz	256
(a) Wiederholung von Verhandlungsteilen in derselben Hauptverhandlung	256
(b) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gem. § 235 StPO	256
(2) Heilungsmöglichkeiten in oder vermittelt über die Rechtsmittelinstanz	258
(a) Berufung	258
(b) Revision	263
(3) Außerordentliche Rechtsbehelfe	265
bb) Heilungsmöglichkeiten im englischen Recht	266
(1) Verfahren vor dem Magistrates' Court	267
(a) Wiederaufnahme vor dem Magistrates' Court	267
(b) Rechtsmittel	268
(aa) <i>Appeal</i> zum Crown Court	268
(bb) <i>Appeal by way of case stated</i> zum High Court	270
(cc) <i>Application for judicial review</i> zum High Court	272
(2) Verfahren vor dem Crown Court – <i>appeal</i> zum Court of Appeal	275
(3) Rechtsmittel zum Supreme Court	282
(4) Anrufung der Criminal Cases Review Commission	283
cc) Zusammenfassung zu den Heilungsmöglichkeiten im nationalen Recht	285
c) Die Kompensation von Nachteilen	285
aa) Berücksichtigung der verbleibenden Verteidigungsmöglichkeiten	286
bb) Audiovisuelle Zuschaltung	287

cc) Unterrichtung des Angeklagten über das in Abwesenheit Verhandelte	290
dd) Möglichkeit zur Äußerung außerhalb der Hauptverhandlung	293
ee) Anwaltliche Vertretung	295
ff) Wahrnehmung der Angeklagteninteressen durch Gericht oder Staatsanwaltschaft	297
gg) Insbesondere Erklärungen gegenüber der Jury und Laienrichtern	301
 Teil E. Schlussbetrachtung	 305
 Literaturverzeichnis	 313
Stichwortverzeichnis	347

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
AC	Assizes Courts
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Admin	Administrative
AG	Arbeitsgemeinschaft
AJA	Administration of Justice Act
Allg. Dt. StrafRZ	Allgemeine Deutsche Strafrechtszeitung
a. M.	am Main
Am.Hist.Rev	The American Historical Review
Am.J.Comp.L.	The American Journal of Comparative Law
Am.J.Legal Hist.	American Journal of Legal History
Arch.Rev.	Archbold Review
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az	Aktenzeichen
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeiter, Bearbeiterin
Beschl.	Beschluss
Beschw.-Nr.	Beschwerde-Nummer
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
C&JA	Coroners and Justice Act
CA	Court of Appeal
CAA	Criminal Appeal Act
Cambridge Y.B. Eur. Legal Stud.	Cambridge Yearbook of European Legal Studies
C.L.J.	Cambridge Law Journal
Cardozo L.R.	Cardozo Law Review
CC	Crown Courts of the United Kingdom
CCR	Court for Crown Cases Reserved
CCRC	Criminal Casese Review Commission
CEA	Criminal Evidence Act
CJA	Criminal Justice Act

CLF	Criminal Law Forum
Cmnd.	Command Paper
Cornell L.Rev.	Cornell Law Review
CPA	Criminal Procedure Act
CPD	Criminal Practice Directions
CPIA	Criminal Procedure and Investigations Act
Cr.App.R.	Criminal Appeal Reports
Crim	Criminal
Crim.L.R.	Criminal Law Review
CrimPR	Criminal Procedure Rules
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/dieselben
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
E.H.R.L.R.	European Human Rights Law Review
ECHR	European Convention on Human Rights
ECtHR	European Court of Human Rights
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
einsch.	Einschränkend
EJIL	The European Journal of International Law
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EL	Ergänzungslieferung
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
Entsch.	Entscheidung
EU	Europäische Union/European Union
EuGrCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte Zeitschrift
EuJCCCC	European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWCA	England and Wales Court of Appeal
EWHC	England and Wales High Court
f./ff.	folgende
FG	Festgabe
Fordham L.R.	Fordham Law Review
FS	Festschrift
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
GLJ	German Law Journal
GS	Gedächtnisschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Harv.Int'l.L.J	Harvard International Law Journal
Harv.J.L.& Pub.Pol'y	Harvard Journal of Law & Public Policy
Harv.L.R.	Harvard Law Review
Hastings L.J.	Hastings Law Journal
HB	Handbuch
HBdStR	Handbuch des Strafrechts
HbGR	Handbuch der Grundrechte

HC	High Court
HK-StPO	Heidelberger Kommentar Strafprozessordnung
HL	House of Lords
HRLJ	Human Rights Law Journal
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchststrichterliche Rechtsprechung zum Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
Hum.Rts.L.Rev.	Human Rights Law Review
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
IJLP	International Journal of the Legal Profession
IK-EMRK	Internationaler Kommentar zur Europäischen Menschenrechtskonvention
Int'l Legal Persp.	International Legal Perspective
IPBPR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
JA	Juristische Arbeitsblätter
J. Crim. L.	Journal of Criminal Law
J.Crim.Just.Educ.	Journal of Criminal Justice Education
JCLC	Journal of Criminal Law and Criminology
JCPC	Judicial Committee of the Privy Council
JICJ	Journal of International Criminal Justice
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KB	Court of King's Bench
K.C.L.J.	King's College Law Journal
KG	Kammergericht
KK	Konkordanzkommentar
KK-StPO	Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung
KMR	Kleinknecht/Müller/Reitmeier
L.Q.R.	The Law Quarterly Review
Law&Hist.Rev.	Law and History Review
lit.	littera
Lit.	Literatur
Liverpool L.R.	Liverpool Law Review
LJIL	Leiden Journal of International Law
LG	Landgericht
MAH Strafverteidigung	Münchener Anwaltshandbuch Strafverteidigung
MCA	Magistrates' Court Act
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MK-StPO	Münchener Kommentar zur StPO
MLR	Michigan Law Review
Modern L.R.	Modern Law Review
MRK	Menschenrechtskonvention
MschrKrim	Monatsschrift Kriminologie
N.C.J.Int'l.L.&Com Reg	North Carolina Journal of International Law and Commercial Regulation

Neth.Q.Hum.Rts.	Netherlands Quarterly of Human Rights
New Crim.L.R.	New Criminal Law Review
NJIL	Nordic Journal of International Law
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK-StGB	Nomos-Kommentar Strafgesetzbuch
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
OJLS	Oxford Journal of Legal Studies
OLG	Oberlandesgericht
Osgoode Hall LJ	Osgoode Hall Law Journal
PACE Act	Police and Criminal Evidence Act
PCC(S)A	Powers of Criminal Courts (Sentencing) Act
Q.C.	Queen's Counsel
R	Rex/Regina
RG	Reichsgericht
RIDP	Revue internationale de droit pénal
Rn.	Randnummer
RSC	Revue de Science Criminelle et de Droit Pénal Comparé
RStPO	Reichsstrafprozessordnung
Rutgers L.J.	Rutgers Law Journal
S.	Seite
SC	Supreme Court of the United Kingdom
SCA	Senior Courts Act
Sch.	Schedule (Anhang zum Gesetz)
SC-Scot	Supreme Court of Scotland
SC-US	Supreme Court of the United States
SC-Vic	Supreme Court of Victoria, Australia
Sec.	Section
SK-StPO	Systematischer Kommentar zur Strafprozessordnung
SSW-StPO	Satzger/Schluckebier/Widmaier – Strafprozessordnung
StGB	Strafgesetzbuch
StraFo	Strafverteidigerforum
St. Rspr.	Ständige Rechtsprechung
Stan.L.Rev	Stanford Law Review
StPÄG	Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes
StPO	Strafprozessordnung
StV	Strafverteidiger
u. a.	unter anderem
U.Chi.L.Rev.	The University of Chicago Law Review
U.Chi.L.Sch. Roundtable	The University of Chicago Law School Roundtable
U.Pa.L.Rev.	University of Pennsylvania Law Review
UKHL	UK House of Lords
Urt.	Urteil
Urt. d. G.K.	Urteil der Großen Kammer
v	versus
v.	von/vom
Verf.	Verfasserin

Vict.L.R.	Victorian Law ReportsU
VLR	Victoria Law Review
Vol.	Volume
W.L.R.	Weekly Law Reports
Wash.U.Global.Stud. L.Rev.	Washington University Global Studies Law Review
Y.L.J.	The Yale Law Journal
YJCEA	Youth Justice and Criminal Evidence Act
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
Ziff.	Ziffer
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRG GA	Zeitschrift für Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte/Germanistische Abteilung
ZStrR	Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaften
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

Teil A.

Art. 6 EMRK, der Gedanke der Wechselwirkung und seine hiesige Untersuchung

I. Die Grundlagen zum Recht auf ein faires Verfahren

Die Europäisierung des Strafverfahrensrechts, in ihrer Reinform gar die Schaffung eines einheitlichen supranationalen Strafverfahrensrechts, ist nicht nur eine Herausforderung für die Zukunft.¹ Schon gegenwärtig stellen sich aus nationaler Perspektive insbesondere innerhalb der Europäischen Union Fragen der gegenseitigen Anerkennung, deren Gebot entweder zur Auslieferung oder aber zur selbsttätigen Vollstreckung von Urteilen aus dem EU-Ausland zwingt, die auf Grundlage einer anderen Verfahrensordnung und oftmals auch eines abweichenden Schutzniveaus grund- und menschenrechtlicher Gewährleistungen ergangen sind.² Daraus folgt ein erhebliches, insbesondere auch praktisches Bedürfnis, die Verfahrensordnungen zu harmonisieren und Schutzstandards zu vereinheitlichen.

Als ein „Motor“ dieser Harmonisierung hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Europäische Konvention für Menschenrechte (EMRK) erwiesen, auch wenn sie zumindest primär dem Individualschutz dienen soll.³ Ihre für den Bereich des Verfahrensrechts zentrale Gewährleistung ist das Gebot eines fairen Verfahrens („fair hearing“) in Art. 6 Abs. 1 EMRK, das der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in zahlreichen Urteilen bis hin zur Ausarbeitung darin enthaltener, ungeschriebener Einzelgarantien weiter konkretisiert hat, sowie die darin fußenden, in Art. 6 Abs. 3 EMRK explizit benannten

¹ Diese Idee ist freilich nicht neu, siehe etwa den allerdings auf bestimmte Straftatbestände begrenzten „Corpus iuris portant dispositions pénales pour la protection des intérêts financiers de l’Union européenne“ aus dem Jahr 1997, auf Deutsch veröffentlicht in: *Delmas-Marty*, *Corpus Juris*.

² Siehe zur gegenseitigen Anerkennung von Abwesenheitsurteilen innerhalb der Europäischen Union *A. Schneider*, in: *Personal Participation*, S. 605 ff.

³ So auch statt vieler *Esser*, *Auf dem Weg*, S. 45, 817; *Hauck*, in: *Enzyklopädie Europarecht* Bd. 9, § 11 Rn. 8; *Spencer*, in: *European Criminal Procedures*, S. 1 (37 ff.); *Weigend*, *ZStW* 105 (1993), 774 (777 f.); spezifisch zu Art. 6 EMRK *Gaede*, *Fairness als Teilhabe*, S. 466; siehe aber auch die das Ziel einer Harmonisierung nennende Präambel der EMRK.

Verteidigungsrechte des Angeklagten⁴ im Strafverfahren. An deren Gehalt orientiert sich die Auslegung der entsprechenden Gewährleistungen der europäischen Grundrechtecharta, Art. 47 Abs. 2 EuGrCh und Art. 48 Abs. 2 EuGrCh,⁵ von denen in Zukunft eine entsprechende Harmonisierungswirkung zu erwarten ist.

Das Recht auf ein *fair*es Verfahren hat nach der Rechtsprechung des EGMR in einer demokratischen Gesellschaft herausragende Bedeutung und ist demgemäß weit auszulegen.⁶ Sein Gehalt entzieht sich einer griffigen Definition; vielmehr wird die Fairness des Verfahrens durch eine Vielzahl einzelner, sich in ihren Gewährleistungen oftmals überschneidender Elemente bestimmt.⁷ Teilweise werden sie durch die in Art. 6 Abs. 1 Satz 1 und spezifisch für Strafverfahren in den Absätzen 2, 3 EMRK aufgezählten Rechte erfasst, die der EGMR als besondere Ausprägungen der allgemeinen Fairness aus Absatz 1 ansieht.⁸ Diese Aufzählung ist, wie schon der französische Wortlaut des Art. 6 Abs. 3 EMRK („notamment“) zum Ausdruck bringt, nicht abschließend.⁹ Daneben hat der Gerichtshof in seiner Rechtsprechung weitere ungeschriebene Einzelaspekte eines fairen Ver-

⁴ Die Untersuchung legt, soweit sie die Vorgaben des Art. 6 EMRK erörtert, mit dem Begriff des Angeklagten grundsätzlich dessen strafverfahrensspezifische Terminologie („charged with a criminal offence“/„accusé“) zugrunde, soweit nicht ausnahmsweise die Verwendung der nationalen Begrifflichkeiten geboten ist.

⁵ Siehe die Charta-Erläuterungen, ABI 2007 C 303/30; Charta 4473/00 zu Art. 47 Abs. 2, S. 39 ff.; *Blanke*, in: Calliess/Ruffert, EUV/AEU, EuGrCh Art. 47 Rn. 3. Die weiteren Ausführungen werden sich daher auf die Gewährleistung des fairen Verfahrens durch Art. 6 EMRK beschränken, zumal Darlegungen zu Wechselwirkungen zwischen Art. 47 Abs. 2, 48 Abs. 2 EuGrCh und englischem Strafverfahren, auch wenn dieses nur der Veranschaulichung dient, angesichts des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union rein rechtsgeschichtliche wären.

⁶ St. Rspr. des EGMR, *Gregacevic v Kroatien*, Beschw.-Nr. 58331/09, Urt. v. 10.7.2012, Rn. 49; *Perez v Frankreich*, Beschw.-Nr. 47287/99, Urt. d. G.K. v. 12.2.2004, Rn. 64; *Moreira de Azevedo v Portugal*, Beschw.-Nr. 11296/84, Urt. v. 23.10.1990, Rn. 66. *Trechsel*, *Human Rights*, S. 83 spricht dem Verbot restriktiver Auslegung jedoch nur rhetorische Bedeutung („rhetorical significance“) zu; ähnlich *Hoyano*, *Crim.L.R.* 2014, 4 (7).

⁷ *Jung*, GA 2014, 90: „Plattform für den Austrag eines kasuistisch-assoziativen Diskurses“; *Jahn*, ZStW 127, 549 (591): „kaleidoskopartige beispielhafte Konkretisierungen“. Siehe auch *Gaede*, *Fairness als Teilhabe*, S. 159, zur entsprechenden Analyse der Rechtsprechung des EGMR S. 292 ff.; *Grabenwarter/Pabel*, in: *Grabenwarter/Pabel*, EMRK, § 24 Rn. 66; *Kühne*, in: *IK-EMRK* (11. Lfg., April 2009), Art. 6 Rn. 356 f.; *Meyer*, in: *SK-StPO* Bd. X, Art. 6 Rn. 135, 138; *Meyer-Ladewig/Harrendorf/König*, in: *Meyer-Ladewig/Nettesheim/von Raumer*, EMRK, Art. 6 Rn. 87 ff.; *Weißer*, in: *Oxford Handbook of Criminal Process*, S. 89 (95).

⁸ EGMR, *Neziraj v Deutschland*, Beschw.-Nr. 30804/07, Urt. v. 8.11.2012, Rn. 45; *Krombach v Frankreich*, Beschw.-Nr. 29731/96, Urt. v. 13.2.2001, Rn. 82; siehe auch *Ambos*, ZStW 115 (2003), 583 (596); *Reid*, *Practitioner's Guide*, Rn. 5-003.

⁹ St. Rspr. des EGMR, siehe etwa *Deweere v Belgien*, Beschw.-Nr. 6903/75, Urt. v. 27.2.1980, Rn. 56; *Artico v Italien*, Beschw.-Nr. 6694/74, Urt. v. 13.5.1980, Rn. 32; *Ambos*, ZStW 115 (2003), 583 (597); *Esser*, in: *Löwe-Rosenberg* Bd. 11, EMRK Art. 6 Rn. 244;

fahrens herausgearbeitet, die, soweit sie für den weiteren Gang der Untersuchung von Bedeutung sind, im Folgenden kurz benannt werden sollen.

Als grundlegend anerkannt ist das Recht auf ein adversatorisches Verfahren („adversarial trial“).¹⁰ Mit dessen Ausformung bezweckt der EGMR allerdings nicht, den Konventionsstaaten ein bestimmtes Prozessmodell vorzuschreiben,¹¹ auch wenn die Wurzel des *fair trial*-Grundsatzes im adversatorischen Strafverfahren gesehen wird.¹² Stattdessen stellt der Gerichtshof wiederholt heraus, dass die Ziele des Art. 6 EMRK mit unterschiedlichen, im Ermessen der Konventionsstaaten stehenden Mitteln erreicht werden können,¹³ und erklärt damit eine Offenheit der Gewährleistungen des Art. 6 EMRK gegenüber unterschiedlichen Prozessmodellen.¹⁴ Unter einem adversatorischen Strafverfahren versteht der EGMR vielmehr, dass Staatsanwaltschaft und Verteidigung die Gelegenheit haben, das Vorbringen der Gegenseite einschließlich deren Beweise zur Kenntnis zu nehmen und sich dazu zu äußern

(„[t]he right to an adversarial trial means, in a criminal case, that both prosecution and defence must be given the opportunity to have knowledge of and comment on the observations filed and the evidence adduced by the other party. Various ways are conceivable in which national law may secure that this requirement is met“).¹⁵

Meyer-Ladewig/Harrendorf/König, in: Meyer-Ladewig/Nettesheim/von Raumer, EMRK, Art. 6 Rn. 222; *Trechsel*, in: *Obstacles to Fairness*, S. 19 (23).

¹⁰ St. Rspr. des EGMR, siehe etwa *Belziuk v Polen*, Beschw.-Nr. 23103/93, Urt. v. 25.3.1998, Rn. 37; *Brandstetter v Österreich*, Beschw.-Nr. 11170/84, 12876/87, 13468/87, Urt. v. 28.8.1991, Rn. 66 ff.; *Jasper v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 27052/95, Urt. d. G.K. v. 16.2.2000, Rn. 51; *Öcalan v die Türkei*, Beschw.-Nr. 46221/99, Urt. v. 12.3.2003, Rn. 166; in der Lit. *Trechsel*, *Human Rights*, S. 89 ff.

¹¹ Siehe zu den Prozessmodellen Teil C.I.1.

¹² *Esser*, *Auf dem Weg*, S. 855; *Gaede*, *Fairness als Teilhabe*, S. 344 f.; *Jung*, in: FS Lücke, S. 323 (323, 325); *Trechsel*, *Human Rights*, S. 82. Bemerkenswert ist insoweit, dass das Recht auf ein faires Verfahren teilweise als kontinentaleuropäische Erfindung betrachtet wird, *Stirn/Fairgrieviel/Guyomar*, *Droits et libertés*, S. 259: „il est frappant de relever que l’article 6 de la Convention européenne est souvent présenté en France comme un produit dérivé de common law, certainement parce que la notion de procès équitable s’est à l’origine inspiré de celle de natural justice, alors qu’il es décrit au Royaume-Uni comme un levier utilisé par les jurists de droit continental pour modifier celle-ci“.

¹³ EGMR, *Brandstatter v Österreich*, Beschw.-Nr. 11170/84, 12876/87, 13468/87, Urt. v. 28.8.1991 Rn. 67; *Öcalan v die Türkei*, Beschw.-Nr. 46221/99, Urt. v. 12.3.2003, Rn. 166.

¹⁴ *Gaede*, *Fairness als Teilhabe*, S. 433; siehe auch *Rzepka*, *Zur Fairneß*, S. 21 f.

¹⁵ EGMR, *Brandstetter v Österreich*, Beschw.-Nr. 11170/84, 12876/87, 13468/87, Urt. v. 28.8.1991, Rn. 67 (sämtliche Übersetzungen sind von der Verf. erstellt); siehe auch *Belziuk v Polen*, Beschw.-Nr. 23103/93, Urt. v. 25.3.1998, Rn. 37; *Jasper v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 27052/95, Urt. d. G.K. v. 16.2.2000, Rn. 51; *Rowe und Davis v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 28901/95, Urt. d. G.K. v. 16.2.2000, Rn. 60; *Edwards und Lewis v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 39647/98, 40461/98, Urt. d. G.K. v. 27.10.2004, Rn. 46 i. V. m. 48.

Damit formuliert er den *audiatur et altera pars*-Gedanken¹⁶ als Grundanforderung an ein jedes Strafverfahren, unabhängig von dessen Zurechenbarkeit zu einem spezifischen Prozessmodell. Der EGMR schreibt damit also das allgemeine Erfordernis eines kontradiktorischen Verfahrens¹⁷ fest. Dieses weist wiederum weite Überschneidungen mit den ebenfalls als eigenständige Gewährleistungen anerkannten, sich wiederum überschneidenden Rechten auf rechtliches Gehör und Waffengleichheit auf.¹⁸ Denn Waffengleichheit sei gewährleistet, wenn jeder Verfahrenspartei eine angemessene Gelegenheit für ihr Vorbringen eingeräumt ist, ohne dabei gegenüber der gegnerischen Partei wesentlich benachteiligt zu werden

(„that each party be given a reasonable opportunity to present his or her case under conditions that do not place him at a substantial disadvantage vis-à-vis his opponent“).¹⁹

Auch das Recht auf Anwesenheit ist in der EMRK – anders etwa als im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) in Art. 14 Abs. 3 lit. d – nicht ausdrücklich aufgeführt. Es ist jedoch in der ständigen Rechtsprechung des EGMR als ein fundamentales Element eines fairen Verfahrens i. S. d. Art. 6 Abs. 1 EMRK und als notwendige Vorbedingung der in Art. 6 Abs. 3 lit. c bis e EMRK ausdrücklich aufgeführten Verteidigungsrechte²⁰ und des aus ihnen erwachsenden Rechts auf effektive Teilhabe²¹ anerkannt. Die Anwesenheit stellt auch in bestmöglicher Weise die Voraussetzungen eines kontradiktorischen Ver-

¹⁶ So auch *Esser*, Auf dem Weg, S. 406.

¹⁷ *Ambos*, ZStW 115 (2003), 583 (593 f.); *Esser*, in: Löwe-Rosenberg Bd. 11, EMRK Art. 6 Rn. 219 ff.

¹⁸ *Fedorova*, Equality of Arms, S. 47 f.; siehe dazu auch EGMR, Brandstetter v Österreich, Beschw.-Nr. 11170/84, 12876/87 u. 13468/87, Urt. v. 28.8.1991, Rn. 66; *Dombo Beheer B.V. v die Niederlande*, Beschw.-Nr. 14448/88, Urt. v. 27.10.1993, Rn. 33; *Ambos*, ZStW 115 (2003), 583 (596 f.); *Esser*, in: Löwe-Rosenberg Bd. 11, EMRK Art. 6 Rn. 220; *Grabenwarter/Pabel*, in: *Grabenwarter/Pabel*, EMRK, § 24 Rn. 66 f.; *Meyer-Ladewig/Harrendorf/König*, in: *Meyer-Ladewig/Nettesheim/von Raumer*, EMRK, Art. 6 Rn. 96 ff., 106 f.; *Safferling*, NSTZ 2004, 181 (182).

¹⁹ St. Rspr. des EGMR, *Liepiņš v Lettland*, Beschw.-Nr. 31855/03, Urt. v. 25.11.2014, Rn. 48; *Kress v France*, Beschw.-Nr. 39594/98, Urt. d. G.K. v. 7.6.2001, Rn. 72; *Öcalan v die Türkei*, Beschw.-Nr. 46221/99, Urt. v. 12.3.2003, Rn. 159.

²⁰ St. Rspr. des EGMR, siehe *Colozza v Italien*, Beschw.-Nr. 9024/80, Urt. v. 12.2.1985, Rn. 27; *Abdulgadirov v Aserbaidzhan*, Beschw.-Nr. 24510/06, Urt. v. 20.6.2013, Rn. 33; in der Literatur etwa *Esser*, in: Löwe-Rosenberg Bd. 11, EMRK Art. 6 Rn. 657 m. w. N.; *Frowein/Peukert*, EMRK, Art. 6 Rn. 158 f.; *Grabenwarter/Pabel*, in: *Grabenwarter/Pabel*, EMRK, § 24 Rn. 106; *Harris/O'Boyle/Bates*, ECHR, S. 411; *Pöschl*, Recht auf Vertretung, S. 67.

²¹ EGMR, *Stanford v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 16757/90, Urt. v. 23.2.1994, Rn. 26; *Marcello Viola v Italien*, Beschw.-Nr. 45106/04, Urt. v. 5.10.2006, Rn. 50, 53; in der Literatur *Grabenwarter/Pabel*, in: *Grabenwarter/Pabel*, EMRK, § 24 Rn. 120; eingehend zum Recht auf Teilhabe *Gaede*, Fairness als Teilhabe, S. 369 ff.

fahrens²² sowie der Waffengleichheit mit der Staatsanwaltschaft – deren Anwesenheit unterstellt – sicher.

Der EGMR betont die Bedeutung der Anwesenheit aber auch im Hinblick auf das Bedürfnis, die Einlassungen des Angeklagten auf ihren Wahrheitsgehalt überprüfen und mit den Angaben von (mutmaßlichen) Opfern und Zeugen abgleichen zu können,²³ und für eine geordnete Rechtspflege und die Strafzumessung im Einzelfall.²⁴ Er arbeitet damit ein Allgemeininteresse an der Anwesenheit des Angeklagten in der Hauptverhandlung heraus. Allerdings beschränkt sich der Gerichtshof hinsichtlich der Anordnung einer auf dieses gestützten Anwesenheitspflicht darauf, die grundsätzliche Zulässigkeit einer nationalen Regelung festzustellen, die eine „nicht gerechtfertigte Abwesenheit entmutigt“.²⁵ Diese Zurückhaltung bei der Auferlegung von Pflichten ist in der originären Zielsetzung der EMRK, Abwehrrechte des Individuums zu begründen, zu vermuten.

II. Der Gedanke der Gesamtfairness und der daraus abzuleitenden Wechselwirkungen mit nationalem Strafverfahrensrecht

Weil diese Einzelgewährleistungen Ausprägungen des Grundsatzes eines fairen Verfahrens sind, ordnet der EGMR sie dem Gedanken der Fairness des Verfahrens in Art. 6 Abs. 1 EMRK unter und prüft, ob das Verfahren in seiner Gesamtheit fair war:²⁶

²² EGMR, *Ziliberberg v Moldavien*, Beschw.-Nr. 61821/00, Urt. v. 1.2.2005, Rn. 40; *Zhuk v die Ukraine*, Beschw.-Nr. 45783/05, Urt. v. 21.10.2010, Rn. 26.

²³ EGMR, *Poitrimol v Frankreich*, Beschw.-Nr. 14032/88, Urt. v. 23.11.1993, Rn. 35; *Krombach v Frankreich*, Beschw.-Nr. 29731/96, Urt. v. 13.2.2001, Rn. 86; *Neziraj v Deutschland*, Beschw.-Nr. 30804/07, Urt. v. 8.11.2012, Rn. 47.

²⁴ EGMR, *van Geyselghem v Belgien*, Beschw.-Nr. 26103/95, Urt. d. G.K. v. 21.1.1999, Rn. 31; *Neziraj v Deutschland*, Beschw.-Nr. 30804/07, Urt. v. 8.11.2012, Rn. 56.

²⁵ EGMR, *Poitrimol v Frankreich*, Beschw.-Nr. 14032/88, Urt. v. 23.11.1993, Rn. 35: „the legislature must be able to discourage unjustified absences“; *Neziraj v Deutschland*, Beschw.-Nr. 30804/07, Urt. v. 8.11.2012, Rn. 47, 51.

²⁶ Siehe etwa EGMR, *Jalloh v Deutschland*, Beschw.-Nr. 54810/00, Urt. d. G.K. v. 11.7.2006, Rn. 95; *Seleznev v Russland*, Beschw.-Nr. 15591/03, Urt. v. 26.6.2008, Rn. 67; *Neziraj v Deutschland*, Beschw.-Nr. 30804/07, Urt. v. 8.11.2012, Rn. 45; *Ibrahim u. a. v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 50541/08, 50571/08, 50573/08, Urt. d. G.K. v. 13.9.2016, Rn. 250 f.; *Beuze v Belgien*, Beschw.-Nr. 71409/10, Urt. d. G.K. v. 9.11.2018, Rn. 120; ausführlich dazu *Gaede*, *Fairness als Teilhabe*, S. 428 ff. Neuerdings spricht der EGMR auch von einer „overall examination of the fairness“, etwa *Al-Khawaja und Tahery v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 26766/05, 22228/06, Urt. d. G.K. v. 15.12.2011, Rn. 144, was teilweise als bedeutende Änderung der Rechtsprechung gewertet wird, siehe das teilweise abweichende Sondervotum der Richter *Sajó* und *Karakas* sowie *Hoyano*, *Crim.L.R.* 2014, 4 ff. In der Li-

„In evaluating the overall fairness of the proceedings, the Court will take into account, if appropriate, the minimum rights listed in Article 6 § 3, which exemplify the requirements of a fair trial in respect of typical procedural situations which arise in criminal cases. They can be viewed, therefore, as specific aspects of the concept of a fair trial in criminal proceedings in Article 6 § 1 [...]. Those minimum rights guaranteed by Article 6 § 3 are, nevertheless, not ends in themselves: their intrinsic aim is always to contribute to ensuring the fairness of the criminal proceedings as a whole [...].“²⁷

Ebendiese Gesamtfairness des Verfahrens („overall fairness of the proceedings“) festzustellen, bezeichnet der EGMR inzwischen als sein Hauptanliegen („primary concern“).²⁸

Die Überprüfung des Verfahrens auf seine Gesamtfairness eröffnet dem EGMR zunächst Flexibilität: Der Gerichtshof zieht oftmals die Vorgaben des allgemeinen Fairnessgebots aus Art. 6 Abs. 1 EMRK und der Einzelgewährleistungen aus Absatz 3 zu einem einheitlichen Prüfungsmaßstab zusammen und sich damit darauf zurück, eine Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren insgesamt festzustellen.²⁹ Vor allem in älteren Entscheidungen erachtete er es als entbehrlich, das Verfahren noch auf seine Gesamtfairness gem. Art. 6 Abs. 1 EMRK zu prüfen, wenn er schon eine Verkürzung der ausdrücklich gewährten Einzelrechte bejaht hatte,³⁰ in anderen sah er keine Notwendigkeit zu erörtern, ob

teratur statt vieler *Esser*, in: Löwe-Rosenberg Bd. 11, EMRK Art. 6 Rn. 168, 172; besonders kritisch *Trechsel*, in: *Obstacles to Fairness*, S. 19 (23): „if there is any logic behind its jurisprudence, it is well hidden“.

²⁷ EGMR, *Beuze v Belgien*, Beschw.-Nr. 71409/10, Urt. d. G.K. v. 9.11.2018, Rn. 121; siehe auch *Ibrahim v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 50541/08, 50571/08, 50573/08, Urt. d. G.K. v. 13.9.2016, Rn. 251; *Correia de Matos v Portugal*, Beschw.-Nr. 56402/12, Urt. d. G.K. v. 4.4.2018, Rn. 120; *Chernika v die Ukraine*, Beschw.-Nr. 53791/11, Urt. v. 12.3.2020, Rn. 51 f.

²⁸ EGMR, *Schatschaschwili v Deutschland*, Beschw.-Nr. 9154/10, Urt. d. G.K. v. 15.12.2015, Rn. 101; *Beuze v Belgien*, Beschw.-Nr. 71409/10, Urt. d. G.K. v. 9.11.2018, Rn. 120; *Oddone u. Pecci v San Marino*, Beschw.-Nr. 26581/17, 31024/17, Urt. v. 17.10.2019, Rn. 89; *Stephens v Malta* (Nr. 3), Beschw.-Nr. 35989/14, Urt. v. 14.1.2020, Rn. 70; *Chernika v die Ukraine*, Beschw.-Nr. 53791/11, Urt. v. 12.3.2020, Rn. 51.

²⁹ St. Rspr. des EGMR, etwa *van Geyseghem v Belgien*, Beschw.-Nr. 26103/95, Urt. d. G.K. v. 21.1.1999, Rn. 27; *Poitrimol v Frankreich*, Beschw.-Nr. 14032/88, Urt. v. 23.11.1993, Rn. 29; *Neziraj v Deutschland*, Beschw.-Nr. 30804/07, Urt. v. 8.11.2012, Rn. 45; siehe auch *Harris/O'Boyle/Bates*, ECHR, S. 411; *Gaede*, *Fairness als Teilhabe*, S. 162 f.; *Grabenwerter/Pabel*, in: EMRK, § 24 Rn. 66.

³⁰ EGMR, *Pakelli v Deutschland*, Beschw.-Nr. 8398/78, Urt. v. 25.4.1983, Rn. 42: „In company with the Commission, the Court would recall that the provisions of Article 6 para. 3 (c) (art. 6-3-c) represent specific applications of the general principle of a fair trial, stated in paragraph 1 [...]. Accordingly, the question whether paragraph 1 (art. 6-1) was observed has no real significance in the applicant's case; it is absorbed by the question whether paragraph 3 (c) (art. 6-3-c) was complied with. The finding of a breach of the requirements of paragraph 3 (c) (art. 6-3-c) dispenses the Court from also examining the case in the light of paragraph 1

auch die Einzelausprägungen in den Absätzen 2 und 3 beschränkt wurden, wenn ein Verstoß gegen Absatz 1 bereits feststand.³¹ Insbesondere in Fällen, in denen nur eine aus mehreren in Frage kommenden Gewährleistungen verletzt wurde, erörterte er hingegen die einzelnen Ausprägungen des Art. 6 EMRK getrennt.³²

Der Gedanke der Gesamtfairness hat aber auch eine inhaltliche Dimension.³³ Er hat zur Folge, dass die allgemeine Fairness des Verfahrens nach Absatz 1 auch dann nicht feststeht und daher gesondert zu überprüfen ist, wenn den Gewährleistungen aus Art. 6 Abs. 3 EMRK genügt wurde,³⁴ und dass ein Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1 EMRK auch aus dem Zusammenwirken für sich genommen nicht ausreichender, kleinerer Einschränkungen folgen kann.³⁵ Der EGMR zieht aber nunmehr auch den umgekehrten, aus Sicht des Schutzberechtigten ungünstigen Schluss: Aus der Unterordnung der Einzelausprägungen unter den Gedanken der Gesamtfairness folgert er, dass – entgegen den zuvor genannten Entscheidungen – nicht jede Beschneidung dieser Teilrechte ohne Weiteres einen Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1 EMRK begründe. Zusätzlich verlangt er, dass infolgedessen der Angeklagte auch insgesamt ein unfaires Verfahren erfahren hat.³⁶

(art. 6-1) [...]“ Siehe auch *Delta v Frankreich*, Beschw.-Nr. 11444/85, Urt. v. 19.12.1990, Rn. 38; *Gaede*, Fairness als Teilhabe, S. 428 f. m. w. N.

³¹ EGMR, *Deweere v Belgien*, Beschw.-Nr. 6903/75, Urt. v. 27.2.1980, Rn. 56; siehe auch *Bönisch v Österreich*, Beschw.-Nr. 8658/79, Urt. v. 6.5.1985, Rn. 29; *Jasper v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 27052/95, Urt. d. G.K. v. 16.2.2000, Rn. 50; *Taxquet v Belgien*, Beschw.-Nr. 926/05, Urt. d. G.K. v. 16.11.2010, Rn. 101 f.; *Gaede*, Fairness als Teilhabe, S. 429 m. w. N.; *Grabenwarter/Pabel*, in: EMRK, § 24 Rn. 66.

³² Etwa EGMR, *Caka v Albanien*, Beschw.-Nr. 44023/02, Urt. v. 8.12.2009, Rn. 77 ff.; siehe insgesamt dazu den Überblick bei *Goss*, Fair Trial Rights, S. 67 ff.; *Meyer*, in: *Karpenstein/Mayer*, EMRK, Art. 6 Rn. 7 m. w. N. zur Rechtsprechung des EGMR.

³³ Anders wohl *Gaede*, Fairness als Teilhabe, S. 442 ff.; *Gaede/Buermeyer*, HRRS 2008, 279 (283), die darin lediglich ein Prüfungsvorgehen sehen; ähnlich *Krausbeck*, Konfrontative Zeugenbefragung, S. 50 ff.

³⁴ EGMR, *Al-Khawaja und Tahery v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 26766/05, 22228/06, Urt. v. 20.1.2009, Rn. 34; siehe auch *Eisele*, JR 2004, 12 (15); *Rainey/Wicks/Ovey*, European Convention, S. 291; *Trechsel*, Human Rights, S. 86; *Weißer*, in: *Oxford Handbook of Criminal Process*, S. 89 (94).

³⁵ Siehe etwa bei gleichartigen Beeinträchtigungen EGMR, *C.G. v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 43373/98, Urt. v. 19.12.2001, Rn. 35 ff.; *Haas v Deutschland*, Beschw.-Nr. 73047/01, Entsch. v. 17.11.2005, NJW 2006, 2753; bei Beeinträchtigungen unterschiedlicher Rechte *Barberà, Messegué u. Jabardo v Spanien*, Beschw.-Nr. 10590/83, Urt. v. 6.12.1988, Rn. 89; *Öcalan v die Türkei*, Beschw.-Nr. 46221/99, Urt. d. G.K. v. 12.5.2005, Rn. 148; siehe auch *Ambos*, ZStW 115 (2003), 583 (613); *Eisele*, JR 2004, 12 (16); *Nack*, in: *NJW-Sonderheft für Schäfer*, 46 (52); *Esser*, in: *Löwe-Rosenberg Bd. 11*, EMRK Art. 6 Rn. 199; *Gaede*, Fairness als Teilhabe, S. 162 f., 430 f.; *ders.*, HRRS-FG Fezer, 21 (36 f.); *Jahn*, ZStW 127 (2015), 549 (592); *Schabas*, ECHR, S. 287; *Trechsel*, in: *Obstacles to Fairness*, S. 19 (25); *Weißer*, in: *Oxford Handbook of Criminal Process*, S. 89 (94).

³⁶ EGMR, *Al-Khawaja und Tahery v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 26766/05,

Wird damit in zeitlicher Hinsicht das Gesamtverfahren in den Blick genommen, können Nachteile an der einen Stelle durch Maßnahmen an anderer Stelle ausgeglichen werden.³⁷ Dazu gibt das Recht auf ein faires Verfahren nicht zuletzt deswegen besonderen Freiraum, weil seine Wahrnehmung erst durch die Eröffnung eines Verfahrensweges ermöglicht wird und somit sein Gehalt – anders als derjenige anderer menschenrechtlicher Gewährleistungen – von der Ausgestaltung des Verfahrens abhängt und damit in besonderem Maße normgeprägt ist.³⁸ In seiner aktuellen Rechtsprechung scheint der Gerichtshof es sogar als Ausnahmefall zu betrachten, dass ein einzelner Umstand die Gesamtfairness des Verfahrens so nachhaltig beeinträchtigt, dass sie schon vor dem Verfahrensabschluss verneint werden könne.³⁹

Dieser Ansatz hat viel (berechtigte) Kritik erfahren, insbesondere dahingehend, dass die Gewährleistungen des Fairnessgebots dadurch nicht hinreichend konturiert und abgeschwächt würden und dass diese Relativierung auch auf die nationalen Standards durchschlage.⁴⁰ Ungeachtet dessen soll diese Gesamtbe-

22228/06, Urt. d. G.K. v. 15.12.2011, Rn. 118, 147; Sellick u. Sellick v das Vereinigte Königreich, Beschw.-Nr. 18743/06, Entsch. v. 16.10.2012, Rn. 40; Stephens v Malta (Nr. 3), Beschw.-Nr. 35989/14, Urt. v. 14.1.2020, Rn. 70; wohl auch O'Halloran u. Francis v das Vereinigte Königreich, Beschw.-Nr. 15809/02, 25624/02, Urt. d. G.K. v. 29.6.2007, Rn. 53; Öcalan v die Türkei, Beschw.-Nr. 46221/99, Urt. v. 12.03.2003, Rn. 140; siehe auch die Analysen bei *Ambos*, ZStW 115 (2003), 583 (611); *Eisele*, JR 2004, 12 (15); *Esser*, in: Löwe-Rosenberg Bd. 11, EMRK Art. 6 Rn. 190, 199, 245 m. w. N.; *Gleß*, NJW 2001, 3606 (3607); *Gundel*, in: HbGR Bd. VI/1, § 146 Rn. 134; *Trechsel*, Human Rights, S. 87; *Satzger*, in: SSW-StPO, EMRK Art. 6 Rn. 36; *Kühne*, in: IK-EMRK (11. Lfg., April 2009), Art. 6 Rn. 361; *Nack*, in: NJW-Sonderheft für Schäfer, 46 (52); *Weißer*, in: Oxford Handbook of Criminal Process, S. 89 (94); a. A. *Gaede*, Fairness als Teilhabe, S. 447 ff.

³⁷ Vgl. etwa EGMR, *Doorson v die Niederlande*, Beschw.-Nr. 20524/92, Urt. v. 26.3.1996, Rn. 72: „counterbalance“; *Rowe und Davis v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 28901/95, Urt. d. G.K. v. 16.2.2000, Rn. 61: „counterbalance“; *Al-Khawaja und Tahery v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 26766/05, 22228/06, Urt. d. G.K. v. 15.12.2011, Rn. 147: „counterbalancing“, Rn. 161: „compensate“; *Schatschaschwili v Deutschland*, Beschw.-Nr. 9154/10, Urt. d. G.K. v. 15.12.2015, Rn. 89 ff.: „compensate“; siehe in der Lit. etwa die Analyse von *Esser*, in: Löwe-Rosenberg Bd. 11, EMRK Art. 6 Rn. 190; *Meyer*, in: Karpenstein/Mayer, EMRK, Art. 6 Rn. 223 f.; *Milej*, Rechtsprechung als Dialog, S. 74 ff.; *Reid*, Practitioner's Guide, Rn. 5-004.

³⁸ *Jackson/Summers*, in: Obstacles to Fairness, S. 99 (103); *Meyer*, in: Karpenstein/Mayer, EMRK, Art. 6 Rn. 9; vgl. auch *Wohlers*, GA 2005, 11 (23).

³⁹ EGMR, *Beuze v Belgien*, Beschw.-Nr. 71409/10, Urt. d. G.K. v. 9.11.2018, Rn. 121.

⁴⁰ Sondervotum der Richter *Sajó* und *Karakaş* in EGMR, *Al-Khawaja und Tahery v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 26766/05, 22228/06, Urt. d. G.K. v. 15.12.2011; Sondervotum der RichterInnen *Kalaydjieva*, *Pinto de Albuquerque* und *Turković* in EGMR, *Dvorski v Kroatien*, Beschw.-Nr. 25703/11, Urt. d. G.K. v. 20.10.2015, Rn. 19 f. In der Literatur etwa *Ambos*, ZStW 115 (2003), 583 (613); *Eisele*, JR 2004, 12 (16); *Esser*, Auf dem Weg, S. 402 f., 860 ff.; *Hoyano*, Crim.L.R. 2014, 4 (21); *Goss*, Fair Trial Rights, S. 124 ff.; *Jung*, GA 2003, 191

trachtung als Rechtswirklichkeit der Untersuchung zunächst zugrunde gelegt werden.

Die Beurteilung der Gesamtfairness hängt damit stark von den Umständen des Einzelfalls ab.⁴¹ Insbesondere dürfte in ihrem Rahmen unerlässlich sein, den Besonderheiten des nationalen Verfahrensrechts Rechnung zu tragen.⁴² Je nachdem, wie der Strafprozess ausgestaltet und insbesondere welche Rolle dem Angeklagten in ihm zugewiesen ist, können Einzelgewährleistungen wie die Rechte des Angeklagten auf Anwesenheit, Konfrontation von Belastungszeugen oder rechtlichen Beistand unterschiedlich begründet und gewichtet sowie Verletzungen ausgeglichen werden. Was in der einen Rechtsordnung dem Verfahren irreparabel den Gesamtcharakter „unfair“ verleiht, mag die andere Rechtsordnung kompensieren.

Dieses Erfordernis, die Ausgestaltung des nationalen Verfahrens zu berücksichtigen, wird nicht nur als Folge, sondern sogar als ein Zweck des Gesamtbeurachtungsansatzes gesehen: Er ermöglicht, den Unterschieden in den Rechtsordnungen Rechnung zu tragen, und gewährt dem nationalen Gesetzgeber Freiheit bei der Umsetzung der Vorgaben des Fairnessgebots.⁴³ Denn es wird besorgt,

(197 f.); Kühne, StV 2001, 73 (77); ders./Nash, JZ 2000, 996 (998); Leigh, in: Weißbrodt/Wolfrum, *The Right to a Fair Trial*, S. 645 (646 f.); Rzepka, *Zur Fairneß*, S. 104; Trechsel, *Human Rights*, S. 87 ff.; ders., in: *Obstacles to Fairness*, S. 19 (23 ff.): „flagrant disregard of the unambiguous text of a treaty“ (25); Ujkašević, *Kompensation von Verfahrensrechtsverstößen*, S. 200 ff.; Walther, GA 2003, 204 (218 ff.). Anders aber etwa Milej, *Rechtsprechung als Dialog*, S. 62: Bei Verletzungen von Teilrechten biete die Prüfung der Gesamtfairness mehr Sicherheit als etwa eine Verhältnismäßigkeitsprüfung der Einschränkung; ähnlich Krausbeck, *Konfrontative Zeugenbefragung*, S. 39 ff., 52 f.; siehe außerdem den Überblick auch über die Gegeneinwände bei Gaede, *Fairness als Teilhabe*, S. 428 ff. Zur entsprechenden Kritik an der Anerkennung eines *margin of appreciation* durch den EGMR siehe den Überblick bei Arai-Takahashi, in: *Constituting Europe*, S. 62 (78 ff.).

⁴¹ Dazu der EGMR in *O’Halloran und Francis v das Vereinigte Königreich*, *Beschw.-Nr. 15809/02, 25624/02*, *Urt. d. G.K. v. 29.6.2007*, Rn. 53; *Ibrahim u. a. v das Vereinigte Königreich*, *Beschw.-Nr. 50541/08, 50571/08, 50573/08*, *Urt. d. G.K. v. 13.9.2016*, Rn. 250: „what constitutes a fair trial cannot be the subject of a single unvarying rule but must depend on the circumstances of the particular case“.

⁴² So auch BVerfG *StraFo* 2007, 190 (192); Esser, *Auf dem Weg*, S. 848; Gollwitzer, in: *Löwe-Rosenberg Bd. 8, 25. Aufl.*, MRK Art. 6 Rn. 65, 160; HL, *R v Jones*, [2002] UKHL 5 Rn. 55; siehe aber *Summers*, *Fair Trials*, S. 126 ff., der zufolge dem Fairnessbegriff des EGMR ein bestimmtes, nämlich einheitliches europäisches Prozessmodell zugrunde liegt.

⁴³ Eisele, JR 2004, 12 (16); Esser, in: *Löwe-Rosenberg Bd. 11, EMRK Art. 6 Rn. 168, 171 f.*; Gaede, *Fairness als Teilhabe*, S. 433 f.; Geneuss, NJIL 84 (2015), 404 (421); Gleß, NJW 2001, 3606 (3607); Gundel, in: *HbGR Bd. VI/1*, § 146 Rn. 134; Kühne, StV 2001, 73 (77); Lemmens, in: *Shaping Rights*, S. 294 (313); Rzepka, *Zur Fairneß*, S. 98 f.; Spano, *Hum.Rts.L. Rev.* 14 (2014), 487 (495); Trechsel, in: *Obstacles to Fairness*, S. 19 (24); Weißer, in: *Oxford Handbook of Criminal Process*, S. 89 (112).

dass dessen Maßstäbe bei einer schematischen Anwendung in Konflikt zu den grundlegenden Strukturen und Traditionen der Prozesssysteme geraten und daher zu Verwerfungen führen.⁴⁴ Hinter dem Gedanken der Gesamtfairness wird daher auch eine politisch motivierte Zurückhaltung des Gerichtshofs vermutet, um die Akzeptanz der EMRK und seiner Rechtsprechung zu sichern.⁴⁵

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass diese Flexibilisierung kein Spezifikum bei der Anwendung des Fairnessgebots aus Art. 6 EMRK ist. Sie erscheint als eine besondere Ausprägung des in der Rechtsprechung des EGMR entwickelten⁴⁶ und durch Art. 1 des Protokolls Nr. 15⁴⁷ bald auch in der Präambel der EMRK niedergelegten Gedankens, den Konventionsstaaten bei der Umsetzung der Vorgaben aus der EMRK – wenn auch in Abhängigkeit u. a. vom in Frage stehenden Recht –⁴⁸ einen Spielraum (*margin of appreciation*) zu belas-

⁴⁴ Vgl. *Wohlers*, in: *Obstacles to Fairness*, S. 127 (131 ff.) mit Veranschaulichung anhand der Entscheidungen im Verfahren *Neziraj v Deutschland* und ihrer Rezeption in der Literatur.

⁴⁵ *Krisch*, *Modern L.R.* 71 (2008), 183 (206); *Jahn*, *ZStW* 127 (2015), 549 (593); *Kühne*, *StV* 2001, 73 (77); *Weißer*, in: *Oxford Handbook of Criminal Process*, S. 89 (112); vgl. auch *Stavros*, *Guarantees for Accused Persons*, S. 83; zustimmend *Goss*, *Fair Trial Rights*, S. 37; allgemeiner mit einer entsprechenden Begründung des *margin of appreciation Arai-Takahashi*, *Margin of Appreciation Doctrine*, S. 3 f.; *Macdonald*, in: *The European System*, S. 83 (123). Siehe zu entsprechenden Bedenken *Wohlers*, in: *Obstacles to Fairness*, S. 127 (131); zur unterschiedlichen Akzeptanz der Entscheidungen des EGMR in den Konventionsstaaten der EMRK die Länderberichte in: *Criticism of the European Court of Human Rights*, S. 75 ff.

⁴⁶ St. Rspr. des EGMR, etwa in *Irland v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 5310/71, *Urt. v. 18.1.1978*, Rn. 207; *Handyside v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 5493/72, *Urt. v. 7.12.1976*, Rn. 48 ff.; *Correia de Matos v Portugal*, Beschw.-Nr. 56402/12, *Urt. d. G.K. v. 4.4.2018*, Rn. 116. Zur Genese dieser Figur siehe etwa *Spielmann*, *Cambridge Y.B. Eur. Legal Stud.* 14 (2011-2012), 381 (386 ff.); *ders.*, *CLP* 67 (2014), 49 (50 ff.) m. w. N. Kritisch in der Richterschaft des EGMR demgegenüber etwa das abweichende Sondervotum des Richters *De Meyers* zu EGMR, *Z v Finnland*, Beschw.-Nr. 22009/93, *Entsch. v. 25.2.1997*; zustimmende Stellungnahme des Richters *Rozakis* zu EGMR, *Hanseid v Norwegen*, Beschw.-Nr. 34438/04, *Urt. v. 16.4.2009*.

⁴⁷ Protokoll Nr. 15 zur Änderung die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 24.6.2013 in Umsetzung von Ziffer 11 f., insbes. 12a) der Brighton Erklärung, High Level Conference on the Future of the European Court of Human Rights – Brighton Declaration v. 19. April 2012.

⁴⁸ Siehe etwa EGMR, *Buckley v das Vereinigte Königreich*, Beschw.-Nr. 20348/92, *Urt. v. 25.9.1996*, Rn. 74; die Stellungnahme des EGMR an das Steering Committee for Human Rights bei der Entwicklung des Protokolls Nr. 15, abgedruckt bei *Spielmann*, *CLP* 67 (2014), 49 (58); *Garlicki*, in: *FS Stern*, S. 727 (730 ff.); *Legg*, in: *Rule of Law*, S. 247 (253); *Spielmann*, *Cambridge Y.B. Eur. Legal Stud.* 14 (2011-2012), 381 (394 ff.). Bedeutsam ist insoweit u. a. auch, in welchem Maße sich die nationalen Gerichte mit den Vorgaben aus der Rechtsprechung des EGMR und der Abwägung der widerstreitenden Interessen auseinandergesetzt haben, *Arnardóttir*, *EJIL* 28 (2017), 819 (831 ff.); *Spano*, *Hum. Rts. L. Rev.* 14 (2014), 487 (498 f.).

Stichwortverzeichnis

- Abwesenheit
- begründete ~ 168, 172–175, 190
 - freiwillige ~ 168, 169–172, 201–202
- Abwesenheitsverfahren 41, 43–44, 156, 196, 197
- Abwesenheitsverhandlung
- anfängliche ~ 158, 160, 163, 190–191, 218–220
 - Ausschluss von der Beweisaufnahme 46–48
 - Ausschluss von Schlussvorträgen 48–49
 - Ausschluss von Zeugenvernehmung 49–53, 61–62, 192–194, 216–217, 194–195
 - bei Erkrankung 48
 - bei psychischer Erkrankung 41–43
 - bei Inhaftierung im Ausland 47–48, 173–174, 175
 - bei Verhandlung gegen Mitangeklagte 180–181
 - Ermessen 158, 160, 163, 165–166, 167–169, 205–206
 - im Crown Court 162–165
 - im deutschen Strafverfahren 157–159
 - im englischen Strafverfahren 162–167, 212–213
 - im Magistrates’ Court 165–167, 212–213
 - in Bagatellverfahren 20, 179–180, 203–204
 - Nachteile 197–201, 217–219, 253–254, 306
 - umfassende ~ 41–46, 251–252
 - und Verfahrensfairness 182–184, 213–217, 306–307
 - und Wahrheitsfindung 182, 196–201, 213–217, 306
 - wegen Einschüchterung von Zeugen 49–51, 193–194
 - wegen Verfahrensobstruktion 37–39, 46, 48–49, 158, 164, 168, 177–179, 202, *siehe auch* Störung der Hauptverhandlung
- adversatorisches Strafverfahren, *siehe* Strafverfahren, adversatorisch
- Amtsaufklärungspflicht 153–154, 217, 235, 262, 295, 301, 307
- Angeklagtenvernehmung
- anfängliche 133, 135, 158, 191, 211, 217
 - durch beauftragten Richter 102
- Anhörung *siehe* Äußerungsmöglichkeit, externe
- Annahmeerufung 258–259
- anwaltliche Vertretung *siehe* Verteidigung
- Anwesenheitspflicht 5, 156, 157, 158, 160, 196, 197–198
- Anwesenheitsrecht 19–28, 155–157, 196–201
- Beschränkung 39–54
 - Fundierung 155, 158, 196–201
 - im Rechtsmittelverfahren 21–24, 26
 - im Zivilverfahren 20
 - in Verfahren über Bagatellkriminalität 20
 - sachlicher Gewährleistungsbereich 20, 21–24, 248–249
 - Verpflichtung der Konventionsstaaten 25–28, 30–32
 - Verwirkung 35–39, 46–49, 169–171, 202–203, 250–251
 - Verwirkung durch Flucht 36–37
 - Verwirkung durch Herbeiführen von Verhandlungsunfähigkeit 38, 171, 203
 - Verwirkung durch Inhaftierung im Ausland 37
 - Verwirkung durch Störung der Hauptverhandlung 38–39, 46–49
 - Verzicht 28–35, 162, 168, 169–172, 197–198, 201–202, 249–250

- Verzicht durch Einschüchterung von Zeugen 34–35
- Verzicht durch Störung der Hauptverhandlung 33–34
- Verzicht, konkludent 30–35, 170, 171–172, 249–250
- Anwesenheitsrechts, Beschränkung des
 - Heilung 78–83, 251–252, 255–2852
 - Kompensation durch anwaltliche Vertretung 87–98
 - Kompensation durch audiovisuelle Zuschaltung 44–46, 98–100, 287–290
 - Kompensation durch Äußerung des Angeklagten außerhalb der Hauptverhandlung *siehe* Äußerungsmöglichkeit, externe
 - Kompensation durch Erklärung an Laienrichter *siehe* Laienrichter, Erklärung an
 - Kompensation durch Unterrichtung des Angeklagten 100–101, 290–293
 - Kompensation durch verbleibende Verteidigungsmöglichkeiten 85–87, 286
 - Kompensation durch Wahrnehmung der Verteidigungsinteressen durch Organe des Konventionsstaates 104–106, 297–301
 - Kompensation 83–107, 285–302; *siehe auch* Kompensation von Beschränkungen des Anwesenheitsrechts
- appeal* 270–285
- audiatur et altera pars* 3–4, 196
- Ausschluss des Angeklagten *siehe* Abwesenheitsverhandlung
- Äußerung des Angeklagten außerhalb der Hauptverhandlung *siehe* Äußerungsmöglichkeit, externe
- Äußerungsmöglichkeit, externe 102–104, 158–159, 160, 191–192, 218–220, 293–295
- Bagatellverfahren 20, 179–180, 203–204
- Benachrichtigung vom Termin *siehe* Kenntnis vom Verhandlungstermin
- Benachrichtigung vom Verfahren *siehe* Kenntnis vom Verfahren
- Berufung 258–263
- Beschuldigter, Rolle des ~n 128–129, 131–132, 134–139, 229–231
- Beweisaufnahme in Abwesenheit *siehe* Ausschluss von der Beweisaufnahme
- Bild-Ton-Übertragung *siehe* Zuschaltung, audiovisuelle
- civil law* 73, 205, 206,
- common law* 159, 205, 236–237
- Criminal Practice Directions 160
- Criminal Procedure Rules 160
- disclosure* 40, 66, 85–86, 97, 98, 105–106, 129–120, 261, 279, 280
- Dispositionsmacht der Parteien 128–129, 134, 139, 144, 146, 148
- EGMR, Bindungswirkung der Urteile 17–19, 245–247
- EMRK, Geltung im nationalen Recht 242–247
- Erkrankung
 - *siehe auch* Erkrankung, psychische
 - des Angeklagten 26, 48–49, 164, 166, 172–175, 177, 190, 192, 194, 207, 250, 294
 - des Zeugen 62, 262–263
- Erkrankung, psychische 41–43, 173, 174–175, 290
- Europäische Grundrechtecharta 1
- Flucht 36–37, 170, 228, 251
- felony* 121, 157, 162, 221
- formal admissions* 147–148, 201
- Fremdverteidigung, Recht auf *siehe* Recht auf anwaltliche Vertretung
- Fürsorgepflichten 183, 197, 291
- Gehör, Recht auf rechtliches 82, 85, 152, 158, 183, 196, 198, 254, 256, 273, 286, 289, 291–292
- Gericht
 - Beschränkung des Rechts auf Zugang zu einem ~ 66
 - Recht auf unabhängiges und unvoreingenommenes ~ 80
 - Rolle des *siehe*, Richter, Rolle des
- hearsay evidence* 152, 155, 192, 294

- Heilung 41, 68, 78–83, 251–252, 255–285, 310
- Antrag an die Criminal Cases Review Commission 283–284
 - *appeal by way of case stated* 270–272
 - *appeal* zum Court of Appeal 275–282
 - *appeal* zum Crown Court 268–270
 - *application for judicial review* 272–274
 - außerordentliche Rechtsmittel 265–266, 283–284
 - Berufung 258–263
 - im deutschen Recht 256–266
 - im englischen Recht 266–285
 - Individualbeschwerde zum EGMR 265–266
 - Möglichkeit neuer Sachentscheidung 41, 79–83
 - Rechtsbehelfe 80–83, 255–285, 310
 - Rechtsmittel zum Supreme Court 282–283
 - Revision 263–265
 - Verfassungsbeschwerde 265–266
 - Wiederaufnahme 82, 267–268, 310
 - Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 256–257
 - Wiederholung von Verhandlungsteilen 256
- Hörensagen, Beweis vom *siehe hearsay*
- indictable offences* 161
- Inertia-Effekt 211–212
- Inhaftierung im Ausland 47–48, 173–174, 175
- Inquisitionsprozess 115–116
- inquisitorisches Strafverfahren *siehe* Strafverfahren, inquisitorisch
- IPBPR 4, 21
- Jury *siehe* Laienrichter
- Kenntnis vom Verfahren 27, 30
- Kenntnis vom Verhandlungstermin 27–28, 30–31, 176–177
- Kompensation von Beschränkungen des Anwesenheitsrechts 83–107, 285–302
- Konfrontationsrecht
- Abwesenheit von Zeugen 107
 - Anonymisierung von Zeugen 61–65, 105, 107
 - audiovisuelle Zeugenvernehmung 99, 193, 287–290
 - Ausschluss von Zeugenvernehmung 61–65
 - Beschränkungen 61–65, 69–72, 235–237
 - Konfrontation im Ermittlungsverfahren 103–104
 - mittelbare Zeugenvernehmung 100
 - Sichtschutz 99–100, 194
- kontradiktorisches Verfahren *siehe* Verfahren, kontradiktorisches
- Korrespondenztheorie 142–143, 214
- Laienrichter
- Erklärungen an ~ 106–107, 151, 301–302
 - Gefahr der Beeinflussung 151–152, 195, 199, 260, 301–303
 - historische Entwicklung 117–118, 124–125
 - in Deutschland 260, 302–303
 - in England 124–125, 127, 301–303
- Machtstrukturen 114
- margin of appreciation* 10–11, 238–239
- Minimalgarantien 11, 239–240, 311
- misdeemeanour* 121, 157, 221–222
- Missbrauch von Konventionsrechten 36
- Mitteilung des Verhandlungstermins *siehe* Kenntnis vom Verhandlungstermin
- Mündlichkeitsgrundsatz 152–155, 210
- Strafverfahren in Deutschland 152–154
 - Strafverfahren in England 152, 154–155, 210
- offences triable either way* 139, 161, 268
- Parteiprozess 134–135
- Pflicht zur Anwesenheit *siehe* Anwesenheitspflicht
- plea* 128, 139, 146–147, 201
- pleading* *siehe* *plea*
- proportionality* 69
- Recht auf anwaltlichen Beistand *siehe* Vertretung, Recht auf anwaltliche

- Recht auf Anwesenheit *siehe* Anwesenheitsrecht
- Recht auf formelle Verteidigung *siehe* Vertretung, Recht auf anwaltliche
- Recht auf Konfrontation von Belastungszeugen *siehe* Konfrontationsrecht
- rechtliches Gehör *siehe* Gehör, Recht auf rechtliches
- Rechtsfrieden 141
- Rechtsbehelfe 144, 255–285
- außerordentliche 265–266, 283–284
 - im deutschen Strafverfahren 256–266
 - im englischen Strafverfahren 144–146, 266–284
 - nach *summary trial* 266–274, 282–284
 - nach *trial on indictment* 266, 275–284
 - Recht auf~ 83
- Rechtsvergleichung, funktionale 14–15
- Revision 263–265
- Richter
- Neutralität 130, 200, 219–220, 292, 300, 301, 107
 - Rolle des ~s 128–133
- Sachentscheidung, neue 79–83
- Schlussvorträge 48–49, 54, 60, 186, 264–265, 294
- Selbstverteidigung, Recht auf
- Beschränkungen 59–60
 - sachlicher Gewährleistungsbereich 56–57
- self-defence* 183, 294, 297
- sole or decisive rule* 65, 69–71, 77, 236
- Staatsanwaltschaft
- in Deutschland 118–119
 - in England 122–123
 - Rolle der ~ 128–135, 199
- Staatsverständnis
- aktiver Staat 113–114
 - passiver Staat 113
- Störung der Hauptverhandlung 33–34, 46–47, 48–49, 51–53, 164, 179, 203, *siehe auch* Verfahrensobstruktion
- Strafprozess, reformierter 111
- Strafverfahren
- historisch-soziopolitischer Hintergrund 111–128
 - Kenntnis vom ~ *siehe* Kenntnis vom Verfahren
 - Ziele des ~s 114–115, 140–142
- Strafverfahren in Deutschland
- Abwesenheitsverhandlung 156, 157–159
 - historisch-soziopolitischer Hintergrund 115–120
 - inquisitorische Prägung 131–134
 - Laienrichter 117–118, 260, 302–303
 - Mündlichkeitsgrundsatz 152–154
 - Rechtsbehelfe 256–266
 - Rolle der Parteien 131–136
 - Rolle der Staatsanwaltschaft 131–135
 - Rolle des Beschuldigten 131–136
 - Rolle des Richters 131–133
 - Staatsanwaltschaft 118–119, 131–135
 - Unmittelbarkeitsgrundsatz 152–154
- Strafverfahren in England
- Ablauf der Hauptverhandlung 129
 - Abwesenheitsverhandlungen 157, 162–167
 - adversatorische Prägung 128–131
 - Dispositionsmacht der Parteien 128–129, 139, 144, 146, 148
 - erstinstanzliche Zuständigkeit 161–162
 - *formal admissions* *siehe formal admissions*
 - historisch-soziopolitischer Hintergrund 120–128
 - Laienrichter 124–125, 127, 301–303
 - Mündlichkeitsgrundsatz 152, 154–155, 210
 - plea *siehe* plea
 - Rechtsbehelfe 144–146, 266–284
 - Rolle der Parteien 128–129, 134–139
 - Rolle des Beschuldigten 136–139
 - Rolle des Richters 130
 - Staatsanwaltschaft 122–123
 - Star Chamber 121
 - Unmittelbarkeitsgrundsatz 152, 154–156
 - *venire de novo* 277
- Strafverfahren, adversatorisch 109–111
- Strafverfahren, inquisitorisch 109–111
- summary offences* 161
- summary trial* 160, 161–162, 165–167
- Rechtsbehelfe nach ~ 266–274, 282–284
- trial on indictment* 160, 161–162, 267
- Rechtsbehelfe nach ~ 266, 275–284

- Unmittelbarkeitsgrundsatz 152–156
 - Strafverfahren in Deutschland 152–154
 - Strafverfahren in England 152, 154–156
- Unterbrechung 163, 181, 210–212
- Unterrichtung des Angeklagten 100–101, 288–289, 290–293
 - mittels Videoaufzeichnung der Zeugenvernehmung 101, 288–289
- venire de novo* 277
- Verfahren, Recht auf ein kontradiktorisches 3–4
- Verfahrensfairness, persönlicher Schutzbereich 73–75, 207–210
- Verfahrensobstruktion 37–39, 46, 48–49, 158, 164, 168, 177–179, 202
 - *siehe auch* Störung der Hauptverhandlung
- Verfassungsbeschwerde 265–266
- Verhältnismäßigkeit 69
- Verhandlung, Recht auf mündliche
 - Heilung von Beschränkungen 80–81
 - sachlicher Gewährleistungsbereich 56–59
- Verhandlung, Recht auf öffentliche 67
- Verhandlungsfähigkeit 24–25, 38, 171, 173, 174–175, 196, 203
- Vernehmung des Angeklagten *siehe* Angeklagtenvernehmung
- Verteidiger
 - *siehe auch* Verteidigung
 - *siehe auch* Vertretung, Recht auf anwaltliche
 - Befugnisse 185–189, 296–297
 - bei audiovisueller Zuschaltung 46
 - notwendiger ~ 188
 - Organ der Rechtspflege 225–227
 - *partisanship* 220, 222
 - Rolle 220–222, 225–227, 231
 - Vertretung des Angeklagten 185–187, 220–232, 297
 - *zealous advocacy* 220, 222
- Verteidigerbeistand, Beschränkung des Rechts auf ~ 65–66
- Verteidigerwahl, Beschränkung des Rechts auf freie 40
- Verteidigung 87–98, 184–189, 205, 220–232
 - *siehe auch* Verteidiger
 - *siehe auch* Vertretung, Recht auf anwaltliche
 - formelle *siehe* Verteidiger
 - Grenzen 95–97, 223–224, 225–227
 - historische Entwicklung 221–222, 224–225
 - obligatorische 59–60, 198, 199–200
- Verteidigungsrechte, Beschränkung der 59–69
 - Heilung 68, 78–83
 - *proportionality* 69
 - Verhältnismäßigkeit 69
- Vertretung, Recht auf anwaltliche
 - kompensatorische Wirkung 92–98
 - Verhältnis zum Recht auf Selbstverteidigung 87–92
- Vertretung, Recht auf anwaltliche 87–98
- Verwirkung 35–39, 46–49, 169–171, 202–203, 250–251
- Verzicht 28–35, 92, 162, 168, 169–172, 197–198, 201–202, 249–250
 - konkludent 30–35, 170, 171–172, 249–250
- Waffengleichheit 4–5, 20, 25, 101, 150, 199, 200, 209, 215, 216, 239
- Wahrheit
 - ~sbegriff 142–152
 - formelle ~ 142–143
 - konsensuale ~ 144, 147
 - materielle ~ 142, 214
 - prozedurale ~ 142–143, 213
 - ~sfindung, Grenzen der 143, 150–152
- Wechselwirkungen 12, 253–302, 306–309
 - Anerkennung durch den EGMR 233–238, 307
 - Kritik 238
- Wiederaufnahme 267–268
- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 256–257
- Wiederholung von Verhandlungsteilen 256
- Wort, letztes 82, 218, 259
- Zeuge
 - Angeklagter als Zeuge 136, 138–139
 - Einschüchterung von ~ 49–51, 193–194
 - Schutz von ~n 34–35, 40, 46, 49–51, 53, 62, 64, 66, 74, 192–194, 298

- Zeugenschutz 34–35, 40, 46, 49–51, 53, 62, 64, 66, 74, 192–194, 298
- Zeugenvernehmung
- Anonymisierung von Zeugen 61–65, 105, 107
 - audiovisuelle 99, 193, 287–290
 - Ausschluss des Angeklagten 49–53, 61–62, 192–194, 216–217, 194–195
 - mittelbare 100–101
 - Sichtschutz 99–100, 194
 - Unterrichtung des Angeklagten *siehe* Unterrichtung des Angeklagten
 - Videoaufzeichnung 101
 - mittelbare Zeugenvernehmung 100
- Ziele des Strafverfahrens 114–115, 140–142
- Zugang zu einem Gericht, Beschränkung des Recht auf 66
- Zwangverteidigung *siehe* Verteidigung, obligatorische
- Zuschaltung, audiovisuelle 4–46, 98–100, 193, 219, 287–290
- Zwischenverfahren 212